

nr. 6 – dez 2025/jan 2026

ecke köpenicker

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat bekanntlich viele interessante Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 9. Februar 2026. Unser letztes Bilderrätsel hat gewonnen: Christin Litzen-dorf – herzlichen Glückwunsch! Der Gutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

CAFÉmobil ist eingestellt

Das Team der Mobilen Stadtteilarbeit des Kreativhauses teilt mit, dass ab 2026 das Angebot CAFÉmobil leider nicht mehr fortgeführt wird. Das CAFÉmobil fand immer mittwochs von 14 bis 16 Uhr im Stadtteilladen dialog101 statt.

Das Team kündigt neue Veranstaltungen im Heinrich-Heine-Viertel im kommenden Jahr statt, diese werden jedoch unregelmäßiger und mit neuem Konzept stattfinden. Als Auftakt im kommenden Jahr ist ein Neujahrscafé am 14. Januar 2026 von 14 bis 16 Uhr statt. Dabei will sich das Team Mobile Stadtteilarbeit mit Anwohnerinnen und Anwohnern zu Neujahrs-vorsätzen austauschen und gemeinsam den (Neujahrs-)Wunschbaum mit Gedanken der Besucher füllen.

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint voraussichtlich Mitte Februar 2026. Bis dahin wünschen wir Ihnen eine schöne Vorweihnachtszeit, erholsame Feiertage und einen guten Start ins Neue Jahr!

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Köpenicker« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.luise-nord.de, www.luisenstadt-mitte.de oder www.buererverein-luisenstadt.de

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Verleiter auf: ecke.koepenicker@gmx.net

INHALT

Seite 3 Aufhebung des Sanierungsgebiets:
Wie kann Erreichtes gesichert werden?

Seite 4 Workshop zum Spreeuferweg

Seite 5 Denkmalschutz für einen Plattenbau / Nachrichten

Seite 6 Leserpost / Umbau des Michaelkirchplatzes

Seite 7 Wohin mit den Reisebussen? – Straßenumbaumaßnahmen im Melchiorblock

Seite 8 Veranstaltungen im Kiez / Parkbänke

Seite 9 »Alte Seifenfabrik« + Bärenzwinger

Seite 10 Historische Kolumne

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Laubberäumung in Mitte
- **Seite 12** Wohin mit den E-Scootern
- **Seite 13** Ende der Quartiersmanagements
- **Seite 14** Obdachlosencamps in Mitte

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSION

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 2833127, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Sanierungsgebiet: Die letzte Phase läuft

Was das für Mieter und Eigentümer bedeutet

Das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt wird – gemeinsam mit anderen Berliner Sanierungsgebieten, die ebenfalls 2011 starteten – voraussichtlich zum Jahreswechsel 2026/2027 aufgehoben. Dann endet die ursprünglich festgelegte Laufzeit von 15 Jahren.

Allerdings bedeutet die offizielle Aufhebung des Sanierungsgebiets nicht automatisch auch das sofortige Ende geförderter Maßnahmen. Denn das Sanierungsgebiet bildet vor allem einen rechtlichen Rahmen, das Städtebauförderprogramm »Lebendige Zentren und Quartiere«, das hier zum Einsatz kommt, bildet den finanziellen Rahmen: Es ermöglicht die Finanzierung von Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden und die Verbesserung des öffentlichen Raums. Dabei ist die Förderkulisse deutlich größer gefasst als das Sanierungsgebiet: Das »Fördergebiet Luisenstadt (Mitte)« umfasst zusätzlich auch die beiden Erhaltungsgebiete »Köllnischer Park und Umgebung« sowie »Luisenstädtischer Kanal mit Umfeld«.

Die Finanzierung im Rahmen des Städtebauförderprogramms vollzieht sich für die einzelnen Projekte in sogenannten Programmjahren, je nach dem aktuellen Stand der Umsetzung. Auch wenn das Sanierungsgebiet aufgehoben wird, werden dennoch bereits begonnene Projekte wie beispielsweise der Umbau der Adalbertstraße zu Ende gebracht.

Dennoch ändert sich einiges im bisherigen Sanierungsgebiet: So bedürfen Bauvorhaben nach der Aufhebung des Sanierungsgebiets nur noch einer Baugenehmigung und nicht mehr einer zusätzlichen sanierungsrechtlichen Genehmigung. Solange kein Bebauungsplan festgesetzt ist, ist ein Neubau nach §34 des Baugesetzbuches bereits zulässig.



sig, wenn er sich nach »Art und Maß der baulichen Nutzung (...) in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt«. Auch die im Baugesetzbuch verankerte Rechtsgrundlage für die gewählte Stadtteilvertretung als zu beteiligendes Gremium entfällt.

Um die Sanierungsziele für das Gebiet zu sichern, können Kommunen das Instrument von Bebauungsplänen nutzen. In der Nördlichen Luisenstadt gibt es für das Sanierungsziel des Spreeuferwegs bereits den festgesetzten B-Plan 1-81 (Bereich Rungestraßenblock), sowie den B-Plan 1-32a (Holzuferblock), der noch festgesetzt werden muss. Zudem strebt der Bezirk einen Aufstellungsbeschluss für einen sogenannten einfachen B-Plan für alle drei Blöcke des Sanierungsgebiets an (beide Melchiorblöcke und der Holzuferblock). Ein »einfacher Bebauungsplan« schreibt die Art der Nutzung der Grundstücke fest, also beispielsweise reine Wohnnutzung oder Mischnutzung.

Ausgleichszahlungen werden fällig

Für Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, Immobilien und auch Eigentumswohnungen werden sogenannte Ausgleichszahlungen fällig. Bei dieser Regelung geht der Gesetzgeber davon aus, dass das Sanierungsgebiet durch die hier investierten Fördermittel der öffentlichen Hand eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Daraus resultiert eine Bodenwertsteigerung, von der auch die Eigentümerinnen und Eigentümer innerhalb des Sanierungsgebiets profitieren. Als Ausgleich dafür müssen sich Eigentümerinnen und Eigentümer anteilig an den angefallenen Sanierungskosten beteiligen. Die gezahlten Ausgleichsbeträge können dann wiederum im betreffenden Sanierungsgebiet reinvestiert werden.

Umso ungünstiger war es, dass der vom Land Berlin bestellte Gutachterausschuss, der für die Ermittlung dieser sanierungsbedingten Wertsteigerung zuständig ist, sich sehr viel Zeit mit seiner Expertise ließ. Die Werte für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt wurden erst am 31. Oktober veröffentlicht. Für die drei Blöcke wurden gestaffelte Werte zwischen 100 und 250 Euro/qm ermittelt – je nach Nutzung (nach Aufhebung des Sanierungsgebiets können diese Werte noch einmal aktualisiert werden). Ausgehend von diesem Wert werden nun vom Bezirk die Ausgleichsbeträge errechnet, die die Grundstücks-, Haus- oder Wohnungseigentümer zahlen müssen.

Der Gesetzgeber ermöglicht es den Eigentümerinnen und Eigentümern jedoch auch, mittels einer Ablösevereinbarung schon vor der Aufhebung des Sanierungsgebiets den Ausgleichsbetrag zu entrichten. Dies haben bereits etliche Eigentümerinnen und Eigentümer im Sanierungsgebiet in Anspruch genommen.

Alle Eigentümerinnen und Eigentümer, die Ausgleichsbeträge zu entrichten haben, werden zu gegebener Zeit vom Bezirksamt angeschrieben und noch einmal ausführlich über das Thema der Ausgleichsbeträge und die Möglichkeit der vorzeitigen Ablöse informiert.

us



Der »Spreebalkon« steht

Der erste Teilabschnitt des Spreeuferwegs wird 2026 eröffnet – Workshop der Betroffenenvertretung

Der Bau des provisorischen Spreeuferwegs ist ein weiteres Stück vorangekommen. Am Paula-Thiede-Ufer ist der sogenannte »Spreebalkon« errichtet worden. Dort muss der Uferweg einen Geländesprung überwinden, eine lange Rampe führt hoch zum Bona-Peiser-Weg und dem roten Bürohaus, in dem die Bundeszentrale von ver.di untergebracht ist (und das nach dem Umzug von ver.di Berlin-Brandenburg nach Charlottenburg seit Ende 2023 etwa zur Hälfte leer steht).

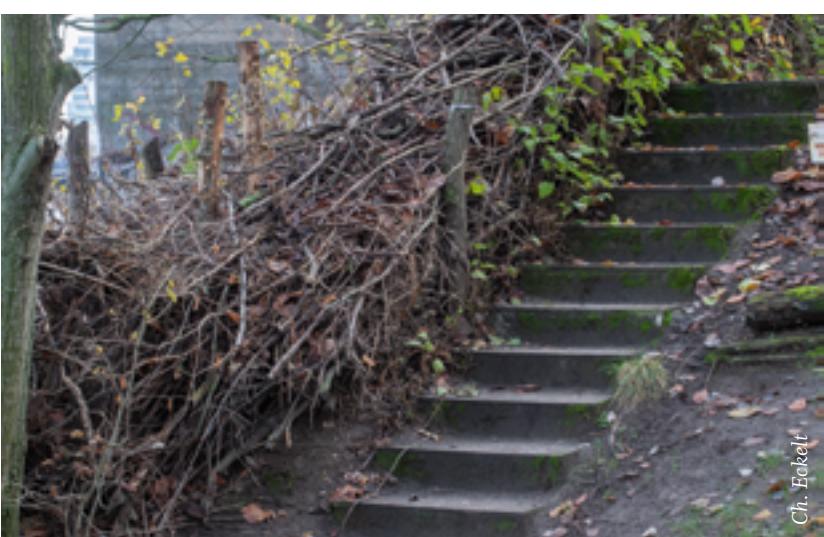
Zumindest der Teilabschnitt des Uferwegs zum Wilhelmine-Gemberg-Weg könnte somit 2026 eröffnet werden. Allerdings nur provisorisch: Denn die Sanierung der Uferwand der Spree steht noch aus. Die wird zwar zum Großteil vom Wasser aus stattfinden, ein Stück Uferstreifen direkt an der Spree wird aber dennoch benötigt und kann erst nach der Sanierung der Spundwände gestaltet werden. Die Abstim-

mungsprozesse laufen, sie sind kompliziert, weil sowohl Bundes-, Landes als auch Bezirksbehörden und beauftragte Gesellschaften beteiligt sind.

Die Spree ist nämlich eine Bundeswasserstraße, für die der Bund respektive das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel zuständig ist. Die Mittel für die Sanierung muss aber das Land Berlin aufbringen, dem der Uferstreifen gehört. Und für die Gestaltung der Grünanlage am Ufer ist schließlich der Bezirk verantwortlich. Der hat diese Aufgabe an die STATTBAU Stadtentwicklungsgesellschaft mbH als externen Maßnahmenträger übertragen, die wiederum das Landschaftsarchitekturbüro gruppe F eingesetzt hat.

Auch die ersten »Geschichtsinseln« entlang des Spreeuferwegs sind inzwischen bereits entwickelt. Die Inhalte wurden abgestimmt, die Feinplanung erarbeitet und die Umsetzung geplant. Aktuell befinden sie sich in der Produktion und werden nächstes Jahr entlang des Spreeuferwegs aufgestellt. Sie stoßen allerdings nicht überall auf Begeisterung, wie jetzt bei einem Workshop der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt deutlich wurde. Denn die Initiatoren dieser Stelen, die auf die Historie des Ortes in unterschiedlichen Themenfeldern hinweisen sollen, hatten sich ursprünglich viel mehr Information und Hintergrundvermittlung gewünscht. Soviel Platz, um Bezüge ausführlich zu erläutern, ist auf den Stelen aber nicht vorhanden. Und auch QR-Codes, die auf weiterführende Informationen etwa zur Geschichte der Berliner Clubszene oder der Berliner Mauer hinweisen, konnten nicht aufgebracht werden. Dabei wäre eine intelligente Verknüpfung von Geodaten mit historischen Informationen sogar richtungsweisend für die ganze Stadt.

Auf dem Workshop wurde die Frage gestellt, inwieweit sich die Leitlinien zur Spreeuferentwicklung, die im Jahr 2015 unter breiter Beteiligung ausgearbeitet und beschlossen wurden, in der Praxis bewährt haben. In der Sitzung wurde jedoch festgelegt, noch weiteren Anwohnenden und Mitgliedern der Betroffenenvertretung die Möglichkeit der Beteiligung einzuräumen. Die ausgegebenen Arbeitsblätter sollten auch zuhause noch ausgefüllt und an die Initiatoren weitergeleitet werden. Das Ergebnis des Workshops ist somit noch offen. cs



Totes Holz für Biodiversität

Der neue Uferweg führt auch über das Gelände der Genossenschaft Spreefeld. Dort wird besonders viel Wert auf Biodiversität der Grünflächen gelegt. Totholzstapel wie hier an der Treppe zum ehemaligen Bootshaus der DDR-Grenztruppen sollen allen möglichen Tieren Unterschlupf bieten.



Plattenbau unter Schutz

Wohn- und Atelierhaus Wallstraße 88a–90 in die Denkmalliste aufgenommen

Das Landesdenkmalamt hat das Wohn- und Atelierhaus in der Wallstraße 88a–90, das sich im Eigentum der landeseigenen WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH befindet, in die Denkmalliste aufgenommen. In der Hausnummer 90 des 1982–84 errichteten Gebäudes wohnte auch der in der DDR prominente Künstler Walter Womacka. Von 1982 bis 1984 realisierte ein Planungskollektiv der Bauakademie der DDR unter der Leitung von Michael Limberg den Auftrag, in der Wallstraße 88a–90 Wohnungen für Beschäftigte des Außenhandelsministeriums zu bauen. Die direkte Lage am Spreekanal sowie die gehobene Ausstattung des Gebäudes mit hauseigenem Casino und einem privaten Friseur- und Kosmetiksalon zeugen von der Privilegiertheit seiner Bewohner, die als Ministeriumsangestellte mit dem Erwerb von Devisen und Waren aus dem westlichen Ausland betraut waren.

Auch der prominente Künstler Walter Womacka und seine Ehefrau Hanni Womacka zogen in die Wallstraße 90. Die Wohnung war individuell nach den Wünschen des Künstlers gestaltet und besaß ein Atelier mit Ausstellungsraum. Womacka führte zahlreiche Aufträge für öffentliche Bauten in Ost-Berlin aus. Zu seinen bekanntesten Werken zählt das Mosaik am »Haus des Lehrers« unweit des Alexanderplatzes.

Eine Besonderheit liegt in der Konstruktion des Wohngebäudes: Wegen diverser Herausforderungen, die sich aus dem Baugrundstück und der historischen Nachbarbebauung ergaben, wurde das Gebäude nicht aus Fertigteilen montiert, sondern gemauert. Das war eine Seltenheit im Ostberlin der 1980er Jahre, wodurch sich im Entwurf und

in der Ausführung zahlreiche Freiheiten ergaben. Das Haus passt sich dem Verlauf der Wallstraße an und bildet aufgrund seiner Ecklage einen städtebaulichen Akzent, der auf Fernwirkung bis hin zum Spittelmarkt konzipiert wurde. Vor- und Rücksprünge leiten zu den Nachbarhäusern über und lassen eine gemeinsame Front zur zeitgleich gestalteten Uferpromenade entstehen.

Dr. Christoph Rauhut, Landeskonservator und Direktor des Landesdenkmalamtes Berlin: »Das Wohngebäude knüpft mit hoher Qualität an die Bebauung der Wallstraße aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert an, ohne dabei seine spätere Entstehungszeit zu verschleieren. Es steht für den Wandel in der Architektur und Stadtplanung der DDR zu Beginn der 1980er Jahre. Historische Bauten wurden nun vermehrt saniert, Neubauten unter Bezugnahme auf den vorhandenen Bestand geplant. Der Blick von der Wallstraße 88a–90 auf die gegenüberliegende Fischerinsel verrät, womit Architekten und Stadtplaner brachen: Den dortigen Hochhäusern musste Ende der 1960er Jahre der gewachsene Fischerkiez weichen.«

Im Bestand der WBM befinden sich bereits ca. 100 Denkmalsensembles, 18 Prozent der WBM-eigenen Wohnungen befinden sich in Gebäuden mit Denkmaleigenschaften.

Bericht zur Sichtweise junger Menschen in Mitte

Wie erleben junge Menschen den Bezirk Mitte – und was brauchen sie, um gut hier aufzuwachsen zu können? Der Bericht »Sichtweise junger Menschen im Bezirk Mitte« liefert auf diese Fragen umfassende Antworten. Grundlage sind die Aussagen und Perspektiven von fast 2000 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die in den Jahren 2023/2024 in Schulen, Freizeiteinrichtungen und im öffentlichen Raum befragt wurden. Die Befragungen wurden in den vier Sozialräumen des Bezirks – Zentrum, Moabit, Wedding, Gesundbrunnen – durchgeführt, der Bericht gibt die ortsspezifischen Ergebnisse entsprechend gegliedert wieder.

Grundsätzlich wünschen sich junge Menschen vor allem Sicherheit im öffentlichen Raum, bezahlbare Freizeit- und Essensangebote, mehr Orte für Begegnung, gut erreichbare Sport- und Bewegungsflächen sowie echte Mitbestimmung in Schule und Stadtteil. Viele Themen betreffen unmittelbar die Lebensqualität in den Kiezen und gleichzeitig Bereiche der Jugend-, Sozial-, Bildungs- und Stadtentwicklungs politik.

Die Ergebnisse flossen in den Jugendförderplan (2026–2029) des Bezirks Mitte ein und richten sich außerdem an Fachkräfte, Verwaltung, Politik sowie Akteure der Stadtplanung.

Der Bericht wurde erstellt vom Kinder- und Jugendbüro Mitte (Moabiter Ratschlag e.V. und Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Jugend, Familie und Gesundheit) in Kooperation u.a. mit den Sozialraumkoordinationen, der Jugendförderung, der Jugendhilfeplanung. Interessierte können ihn unter folgendem Link herunterladen: moabiter-ratschlag.de/bericht-zur-sichtweise-junger-menschen-in-mitte-download

LESER-ECKE

Dieses Foto mit dem eher seltenen Anblick eines zumindest angefrorenen Engelbeckens schickt uns Dr. Annekatrin Thyrolf – mit winterlichen Grüßen und »herzlichem Dank für Ihre interessante Zeitung«. Wir danken uns zurück!

Liebe Redaktion,

Heute las ich in Ihrer neuesten Ausgabe: Die Melchiorstraße ist jetzt Fahrradstraße. Da musste ich schmunzeln, auch über das Foto. Am westlichen Abschnitt, also am Michaelkirchplatz wo sich das Ende der Fahrradstraße auf einer Länge von ca. 30 Metern befindet, fahren zu 99% Autos. Pro Minute ungefähr 10! Obwohl es kein Zusatzschild, Zeichen 244, gibt benutzen die Autos diesen Abschnitt als bekannten Schleichweg. Fahrradfahrer müssen dort höllisch aufpassen, weil die Autos in beiden Richtungen unterwegs sind.

Viele Grüße, Henrik

(Der Name des Absenders ist der Redaktion bekannt.)

Hallo Henrik,

auch andere beobachten, dass die Melchiorstraße weiterhin von Autos als Schleichweg genutzt wird. Wirklich greifen werden die Maßnahmen allerdings erst im Gesamtkonzept, zu dem auch die Umgestaltung des Kreuzungsbereichs am nördlichen Michaelkirchplatz (siehe unten) sowie die bauliche Umgestaltung der Adalbertstraße gehören. Das ist jedoch nur Schritt für Schritt möglich – beide noch ausstehenden baulichen Maßnahmen sollen ab 2026 erfolgen.

Die Redaktion

Michaelkirchplatz wird umgestaltet

Im kommenden Jahr soll es losgehen: Der Verkehrsbereich an der Kreuzung Michaelkirchplatz / Michaelkirchstraße im nördlichen Teil des Michaelkirchplatzes wird in einen Aufenthaltsbereich umgestaltet. Zuvor waren in zwei öffentlichen Beteiligungsprozessen gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern Ideen und Wünsche zur

zukünftigen Nutzung gesammelt worden. Ziel ist es, einen attraktiven Ort mit Erholungs- und Bewegungsmöglichkeiten zu schaffen, der die Aufenthaltsqualität im Quartier deutlich verbessert.

Der neue Platz wird zwei unterschiedliche Aufenthaltsbereiche bieten: einen aktiven Bereich (»Tischtennisplatz«) sowie einen ruhigen Bereich (»Boule-Platz«). Außerdem werden versiegelte Flächen in grüne Aufenthalts- und Vegetationsflächen umgewandelt. Anfallendes Regenwasser wird in neuen Regenwasserbeeten versickert, anstatt wie bisher in die Mischwasserkanalisation zu gelangen. Bestehende Grünflächen und Baumscheiben werden erweitert und aufgefrischt. Das erhöht die Regenwasserversickerung vor Ort und verbessert das lokale Mikroklima. So wird die grüne Infrastruktur gestärkt und die biologische Vielfalt in der Luisenstadt gefördert. Mit der Umgestaltung wird also auch ein Beitrag zur Klimaanpassung in Zeiten der Zunahme von Starkregenereignissen und Trockenheitsphasen geleistet.

Der Verkehr wird in einer Einbahnstraße entlang der Melchiorstraße und um den Mittelbereich der Kreuzung geführt.

Für dieses Projekt stellt das Bezirksamt Mitte 380.000 Euro zur Verfügung. Die Arbeiten werden voraussichtlich im 2. Quartal 2026 beginnen.

Die Planung kann man sich auch auf der Website des Gebiets anschauen: www.luisenstadt-mitte.de

Restauriert

Das Mauerwerk am Engelbecken, das Ende letzten Jahres durch einen schweren Autounfall zum teilweisen Einsturz gebracht wurde, ist nun wieder repariert. Ein Auto war am frühen Morgen des 23. November 2024 auf dem Bethanien-damm ins Schleudern gekommen, in die Mauer gerascht und den Abhang hinuntergestürzt. Dabei hatte nicht nur die (denkmalgeschützte) Mauer erheblichen Schaden genommen, sondern auch die Pergola am Engelbecken.

Nun ist die Mauer wieder instandgesetzt – und zwar denkmalgerecht. Wie man auf unserem Foto gut sehen kann, wurden offenbar die noch heil gebliebenen Ziegel sorgsam geborgen und an ihrem ursprünglichen Platz wieder eingesetzt, andere mussten durch neue Ziegelsteine ersetzt werden. Auf diese Weise wurde kurioserweise auch das Graffiti auf dem Mauerwerk teilweise wieder restauriert: Denkmal ist Denkmal.



Melchiorstraße »angeradelt«

Kritik an eingezogenen Parkplätzen für Anwohrende

Die Fahrradstraße Melchiorstraße ist fertig gestellt und wurde am 14. November vom Bezirksstadtrat Christopher Schriner (Bündnis 90/Die Grünen) offiziell angeradelt. Zwischen Engeldamm und Michaelkirchplatz ergänzt sie das Berliner Radverkehrsnetz um eine wichtige Nebenroute: Sie erschließt nicht nur die neue Grundschule Luisenstadt in der Adalbertstraße, sondern bildet in Zukunft im Zusammenspiel mit der Michaelkirchstraße und der Wrangelstraße auch eine Alternativroute zum Radweg auf der Köpenicker Straße.

Die Fahrradstraße Melchiorstraße wurde klar markiert und beschildert, die Arbeiten gingen zügig in etwa fünf Wochen über die Bühne. Dabei ist durchgängig mit dem Zusatzschilden »Anlieger frei« versehen. Kraftfahrzeuge dürfen sie also ebenfalls befahren, wenn sie einen Grund für diese Nutzung vortragen können. Auf dem kleinen Teilstück »Michaelkirchplatz« am westlichen Ende der Fahrradstraße fehlt dieser Zusatz jedoch: Hier dürfen also eigentlich gar keine Kraftfahrzeuge hindurch.

Entfallen sind etliche Parkplätze für die Anwohner, einige sind jetzt für Elektrokleinstfahrzeuge und Fahrräder beziehungsweise Lastenfahrräder und Mopeds reserviert, andere explizit als Ladebereich ausgezeichnet. Das stößt auf Kritik, weil sich in der Melchiorstraße gar keine Geschäfte befinden, die auf ständige Lieferungen angewiesen sind. Der gewöhnliche Lieferantenverkehr für die Anwohner werden sich aber, ähnlich wie die Müllabfuhr, kaum in die ausgewiesenen Lieferzonen stellen, auch Handwerker werden zum Be- und Entladen wohl eher kurzfristig auf der Fahrbahn halten, als schwere Maschinen und Werkzeugkisten über größere Strecken zu den jeweiligen Einsatzorten zu transportieren. Allerdings könnten die vom

Bezirk angeordneten Verkehrszeichen von ihm auch relativ schnell wieder eingezogen oder ersetzt werden. Die Umsetzung der Fahrradstraße Melchiorstraße wurde mit 85.000 Euro aus Städtebaufördermitteln des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt finanziert. cs

Gefährdete Schulkinder

Die Beruhigung der Adalbertstraße hat Auswirkungen auf die Reisebusse

Der Umbau der Adalbertstraße könnte größere Verkehrsprobleme in der Köpenicker Straße verursachen und dabei auch Menschenleben gefährden. Darauf wies ein aktives Mitglied der Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt hin, das von seinem Fenster aus beobachten kann, wie sich vor dem A&O-Hostel in der Köpenicker Straße immer wieder Reisebusse stauen.

Das Hostel ist nämlich eine der bettenreichsten Herbergen der Stadt. Hier nächtigen in engen Mehrbettzimmern oft mehrere Hundert Schülerinnen und Schüler gleichzeitig, die in Berlin auf Studienfahrt sind. Wenn sie mit dem Bus an- oder abreisen, stauen sich diese Busse oftmals vor dem Hostel, wie unser Foto zeigt: Dort warten gleich fünf Reisebusse hintereinander auf der Köpenicker Straße.

Die jungen Leute stürmen jedoch manchmal ohne Vorwarnung auf die Fahrbahn, wo sie vom fließenden Verkehr in der Hauptverkehrsstraße hinter den riesigen Bussen nur schwer wahrgenommen werden. Dabei kommt es immer wieder zu brenzligen Situationen.

Die könnten vermieden werden, wenn die Busse in der Adalbertstraße hielten. Aber die Umgestaltung der Adalbertstraße zielt ja ausdrücklich auf eine Verkehrsberuhigung (auch mit Blick auf die Schulwegsicherheit für die neue Grundschule) und auf die Verhinderung des Busverkehrs in der Straße.

Zwar gibt es auch Planungen, direkt vor dem Hostel auf der Köpenicker Straße einen speziellen Ladebereich für die Reisebusse einzurichten. Aber dafür müssten Bäume gefällt werden, es würden weitere knappe Parkplätze entfallen und zudem müsste die Fahrbahn der Hauptverkehrsstraße auf der gegenüberliegenden Straßenseite eng an den Wohnhäusern entlanggeführt werden.

Nicht in Sicht wäre zudem die Finanzierung einer solche Maßnahme, die nur vom Bezirk und Senat gemeinsam umsetzbar wäre. Denn für das Hauptstraßennetz, zu dem auch die Köpenicker Straße gehört, ist der Senat zuständig. Und der scheint derzeit keinen Handlungsbedarf in der hochbelasteten Köpenicker Straße zu sehen. cs



Mit Blick auf den rollenden Verkehr

Es ist natürlich schön, wenn man im öffentlichen Raum Bänke aufstellt. Nicht nur ältere Bürgerinnen und Bürger freuen sich über die Möglichkeit, zwischendurch hier und da verschnaufen zu können – auch Jüngere nutzen gern die Chance, sich mal kurz hinzusetzen, auszuruhen, etwas zu lesen oder vielleicht ein wenig miteinander zu plaudern. Mit etwas Glück hat man von der jeweiligen Bank aus auch noch einen einigermaßen erfreulichen Blick ins Grüne oder kann Passanten und dem geschäftigen Betrieb im Kiez zusehen.

Was allerdings das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt geritten hat, Bänke in der Melchiorstraße bzw. am Michaelkirchplatz vor der Gaststätte »Berliner Wappen« direkt an den Rinnstein zu stellen, und zwar mit Blick auf die Straße, kann sich bislang niemand erklären. Womöglich handelt es sich um ein Nischenangebot für Verkehrsfetischisten, die auch in ruhendem Zustand als Parkbankbesucher nicht auf den Anblick permanent rollenden Verkehrs verzichten möchten?

us

LESER-ECKE

Uns erreichte folgender Leserbrief, der vor allem für jene, die sich für die lokale Historie der Luisenstadt interessieren, von Bedeutung sein dürfte. Wir danken unserem Leser Georg Fischer sehr für die Hinweise auf diese hochspannenden Sammlungen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Bewohner der nördlichen Audre-Lorde-Straße (früher: Manteuffelstraße) habe ich Berührungspunkte mit der »ecke köpenicker«, wenn auch auf Kreuzberger Seite. Wenn ich Ihren Auftrag richtig verstehe, ist alles östlich des Bethaniendamms nicht mehr Teil des Fördergebiets und damit auch nicht im Fokus der Stadtteilzeitung. Ich hoffe, es ist trotzdem in Ordnung, wenn ich einen kurzen Hinweis auf ein Digitalisierungsprojekt beim FHXB-Museum in der Adalbertstraße gebe. (...)

2023/24 haben wir in einem kleinen Team beim FHXB-Museum ca. 5.600 Ansichtskarten des Sammlers Peter Plewka digitalisiert, mit Metadaten versehen und online gestellt. In dem Bestand sind Ansichten u.a. der Köpenicker, Adalbertstraße oder Bethaniendamm enthalten. Zum Hintergrund des Projekts: www.fhx-b-museum.de/news-detail/die-sammlung-peter-plewka-kreuzberg-vor-1945-in-historischen-ansichtskarten

Die Ausstellung ist mittlerweile beendet, aber die Sammlung vollständig bei museum.digital einsehbar: <https://berlin.museum-digital.de/collection/1120>

Etwas stärker geschichtswissenschaftlich aufbereitet etwa hier von den Projektleiterinnen Jana König und Teresa Schenk dargestellt: »Grüße aus dem ›Stammlokal der Spießbürger‹. Eine Kreuzberger Ansichtskartensammlung um 1900 zwischen Medien- und Sozialgeschichte«, in: Visual History, 08.09.2025, <https://visual-history.de/2025/09/08/koenig-schenk-gruesse-aus-dem-stammlokal-der-spiessbuerger>

Herzlichen Dank und beste Grüße, Georg Fischer

Veranstaltungen im Kiez

Café in der Kita – Erlesen

Literarisch-philosophischer Gesprächskreis und gemeinsamer Austausch über Gelesenes: Erfahren Sie, was Nachbarn gerade lesen bzw. erhalten Sie Anregung zu neuer Lektüre! Vorkenntnisse sind nicht notwendig. Lektüre wird gestellt. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Donnerstag, 22. Januar 2026, 16.30 Uhr–18.00 Uhr, Kita »Schmidchen«, Schmidstraße 4, 10179 Berlin

Wunschbaum-Aktion

Die berlinweite Wichtelaktion ist eine Idee des Vereins »Schenk doch mal ein Lächeln«. Dieser sammelt in Berliner Bezirken an »Wunschbäumen« die Wünsche von Kindern aus finanziell benachteiligten Familien. Solche Wunschbäume stehen in allen drei Rathäusern des Bezirks Mitte und beispielsweise auch in der Mittelpunktbibliothek Wilhelm Liebknecht / Namik Kemal (Adalbertstr. 2). Alle Besucherinnen und Besucher der Bibliothek können einen Wunsch pflücken, diesen erfüllen und direkt – unverpackt – noch bis zum 13. Dezember in der Bibliothek abgeben. Am Montag, dem 15. Dezember werden die Geschenke zwischen 15 bis 17 Uhr gemeinsam verpackt.

»Tafelmusik« im Kraftwerk Berlin

Nach seinem Gastspiel im Jahr 2018 kehrt das Bundespolizeiorchester Berlin am 3. Advent zurück ins Kraftwerk und lädt ein zum »Spazierkonzert« zugunsten der Berliner Tafel e.V.. Freuen Sie sich auf ein (nicht immer) weihnachtliches Konzert in verschiedenen Szenarien im gesamten Kraftwerk bei Kaffee und Kuchen. Es spielt das Bundespolizeiorchester Berlin unter der Leitung von Gerd Herklotz. Ein Projekt der Tresor Foundation zugunsten der Berliner Tafel e.V., die Gastronomie übernimmt die Hofküche R19 der gemeinnützigen Faktura gGmbH.

Sonntag, 14. Dezember 2025 von 15 bis 18 Uhr, Einlass ab 14 Uhr, Kraftwerk Berlin, Köpenicker Str. 70, 10179 Berlin

»Alte Seifenfabrik« ohne Seifenproduktion

Verwechslungsgefahr mit privater Kita in der Torstraße

In der »Seifenfabrik« bzw. der »Alten Seifenfabrik«, wie das zum Wohnhaus umgebaute ehemalige Fabrikgebäude am hinteren Ende des Wilhelmine-Gemberg-Weges oft genannt wird, wurde nie Seife produziert. Vor dem Bau dieser neuen Stichstraße zum Spreeufer lautete die Adresse an dieser Stelle noch Köpenicker Straße 50. Auf dem langgestreckten Grundstück waren vor dem ersten Weltkrieg noch mehrere Fabriken untergebracht, vorn an der Straße etwa die »Bleirohrfabrik und Röhrengrößhandlung Bergmann & Franz« und im hinteren Grundstücksteil an der Spree eine Färberei des Berliner Tuchfabrikanten Wilhelm Riedel. Das lässt sich auf der Website koepenicker-strasse.de nachlesen, die hausnummerngenau über die Geschichte der Straße sowohl in Mitte als auch in Kreuzberg informiert.

Demnach erwarb Wilhelm Riedel das 200 Fuß lange, am Wasser gelegene Grundstück um das Jahr 1871. Ein Herr Gauß errichtete 1872/73 einen erweiterten Fabrikbau, der 23 Fuß tiefe Grundstückpfeiler am Wasser benötigte. Das Spreewasser bot für die Färberei den Vorteil, welcher zu sein als Brunnenwasser. Außerdem verfügte das Grundstück bereits über eine Kanalisation, sodass der Fluss nicht verunreinigt wurde.

Zu DDR-Zeiten war auf dem Gelände ein Lager des VEB – WtB (Volkseigener Betrieb – Waren des täglichen Bedarfs) untergebracht, der den Einzelhandel mit Lebensmitteln,



Drogeriewaren und anderen Gütern des täglichen Bedarfs belieferte. Offensichtlich war in dem alten Fabrikgebäude zuletzt Seife gelagert worden, so dass es in der Club-Szene, die ab 1990 das Spreeufer in Anspruch genommen hatte, den Namen »Seifenfabrik« bekam. Gelegentlich tituliert man es auch als »Alte Seifenfabrik«. Dabei besteht allerdings Verwechslungsgefahr: Denn in der Torstraße 134 residiert eine private deutsch-englische Kita in einem Gebäude, das ebenfalls »Alte Seifenfabrik« heißt. Dort prangt jedoch der Name in Großbuchstaben an der auffällig rot gestrichenen Hausfassade.

In der falschen Seifenfabrik am Spreeufer war in den 1990er Jahren ein bekannter Club aktiv: der Kater Holzig, aus dem inzwischen das alternative Stadtquartier »Holzmarkt 25« auf dem gegenüberliegenden Ufer der Spree hervorgegangen ist. Aber auch in der Torstraße 134 gab es damals zeitweise einen Club. Speziell in dieser Gegend ploppten damals immer wieder temporäre illegale Party-Locations unter Namen wie »Mittwochsbar«, »Donnerstagsbar« oder »Freitagsbar« auf.

cs

»Relations in Place« – Neue Ausstellung im Bärenzwinger

Die Ausstellung beschäftigt sich mit der Frage, wie Räume aus unseren Handlungen, Beziehungen und Entscheidungen entstehen – und wie sie zugleich bestimmen, wo und wie wir Nähe erfahren, Distanz spüren, Sorge füreinander tragen oder Macht ausgesetzt sind. Räume sind keine neutralen Gegebenheiten; in ihnen spiegeln sich gelebte Routinen, soziale Dynamiken und politische Strukturen.

Die abschließende Ausstellung im Jahresprogramm »Handle [with] Care« macht den Bärenzwinger zu einem Ort, in dem die Widersprüchlichkeiten räumlicher Praktiken verhandelt werden. Die Ausstellung richtet den Blick auf alltägliche Umgebungen – Wohnungen, Straßen, Institutionen und Städte – und fragt, welche sozialen, politischen und kulturellen Kräfte in ihrer Gestaltung eingeschrieben sind. Das Begleitprogramm der Ausstellung lädt dazu ein, die Stadt rund um den Bärenzwinger zu erkunden: bei einem interaktiven Stadtrundgang, der zu Orten und Spuren von Fürsorge führt, bei einer Intervention im Köllnischen Park zum gemeinsamen Zuhören und Erzählen sowie bei der Finissage zu einer partizipativen Aktion vor Ort.

18. Januar 2026, 14–16 Uhr: Nachbarschaftstreffen
»Kaffee, Kuchen & ...«
25. Januar 2026, 16–19 Uhr: Finissage

DAZ-Ausstellung: »Baustelle Transformation«

Wie kann die sozial-ökologische Transformation in Stadt und Land gelingen? Das Projekt »Baustelle Transformation. Zehn Strategien für Stadt und Land« des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA) und des Deutschen Architektur Zentrums DAZ stellt zehn Strategien von Architektinnen und Architekten, Urbanistinnen und Urbanisten vor. Ins Zentrum rücken sie den baulichen Bestand, unsere wertvollste Ressource auf dem Weg in eine klimagerechte Zukunft.

Ausstellung bis 1. März 2026 im DAZ – Deutsches Architekturzentrum, Wilhelmine-Gemberg-Weg 6, 10179 Berlin

Die Geister der Brückenstraße

Spirit und Sprit an der Ecke Köpenicker

Das älteste existierende Lichtbild von der Ecke Brücken- und Köpenicker Straße ist von F. Albert Schwartz, aufgenommen ungefähr 1890, vielleicht auch 1880 oder sogar 1870. Die Brückenstraße ist auf der alten Aufnahme zwar nicht zu sehen, aber das Eckhaus Köpenicker Straße 77. Davor steht ein Vater mit drei Töchtern, die scheinbar den Fotografen gesichtet haben und stillhalten. Aber der Vater hat sich in der Aufnahmezeit bewegt, in der das Licht auf die beschichtete Platte fiel. So ist er auf dem Bild transparent geworden. Nur dadurch ist die Aufschrift »Jam. Rum« hinter ihm sicht- und lesbar. Er ist zu einem Geist geworden, Spirit, durch den der Sprit scheint. Über dem Ecklokal befindet sich das Atelier für »künstl. Zähne«: »Plombiren. Zahnzichen etc. Herm-Haasis. 1te Etage.«

Fotografiert hat F. Albert Schwartz das Bild von der ersten Etage gegenüber. Mindestens zwei Personen sind wegretuschiert. Wie belebt die Straße in der Zeit der Aufnahme war, ist nicht leicht zu beantworten, denn wer sich durch den Sommertag bewegte, verschwand durch die lange Belichtungszeit von ungefähr fünf Sekunden oder wurde zu einem verwischten Schatten und vom Fotografen ausgelöscht.

Ungefähr 150 Jahre später, jedenfalls Ende 2025, schaue ich mich am selben Ort um und der Grund, auf dem dieses Haus stand, ist noch eine Brache, aber nicht mehr lange. Im Nachbarhaus in der Brückenstraße ist ein Liquor Shop für »Tobaccos – Food – Drink – Candys & More«. Ein Ort für Geister und Hochgeistiges, Spirit und Sprit.

Nach dem Mauerfall kam die Brückenstraße zu großer Berühmtheit als die am stärksten von Autoabgasen verpestete Straße von Berlin. An diesem Ort, so schreibt es Alexander Schug, überlagern sich »Routinen des Feierns und des Vergnügens, des Essens, Heilens, Handelns mit Brüchen von Verfolgung, Zerstörung und Stillstellung. Der Spirit der Brache ist kein Rest, sondern eine verdichtete Gegenwart aus Schichten: Bühne und Narbe, Alltag und Ausnahme, Fluss der Wege und Widerstand der Wände.« Diese Kreuzung sei ein historischer Kreuzungs- und Bühnenraum, dessen »Spirit« aus der Gleichzeitigkeit von Zirkulation und Kontrolle, Vergnügen und Versorgung, Narbe und Neuerzählung entstehe.

Palimpseste sind alte beschriebene Pergamente, die wegen ihres hohen Wertes abgewaschen und neu beschriftet wurden. Manchmal wurden sie auch abgekratzt oder abgeschabt. »Graffiti« bedeutet ursprünglich, etwas in Mauern hineinzukratzen. In diesem Sinne sind die Fassaden der Berliner Häuser und auch ihre Brandwände tatsächlich Seiten, die immer wieder neu beschriftet werden.

Auf der Brandmauer hinter der Brache der Brückenstraße befindet sich das Wandgemälde »Unter der Hand« des Street-Art-Künstlers Case Maclaim von 2014. Es zeigt zwei Hände, eine helle und eine dunkle, die sich teils überlagern und teils verdecken, die helle Hand macht das triumphierende Victory-Zeichen.

Die Zeit dieses Wandbildes in Berlin an der Köpenicker Straße ist abgelaufen, denn bald wird die Brache bebaut werden und zwangsläufig wird das Gemälde hinter dem Neubau verschwinden.

Womöglich bleibt das Mural erhalten, aber ohne Aussicht, je wieder von einem Menschen angesehen zu werden. Ich bin nicht so streng mit diesem Werk wie mein geschätzter Kollege. Das Wesen der Street Art ist das Verschwinden. Wände Berlins werden seit vielen Jahrhunderten neu bemalt, bebaut, neu beschriftet.

Die Hände von Case Maclaim werden sich zu den Geistern der Brückenstraße gesellen, nicht mehr sichtbar, aber weiterhin da, wenn nicht an der Wand, dann zwischen unseren Ohren genau hinter den Augen, die diese Zeilen lesen. Diese Geister machen den Geist des Ortes aus, den Spirit – und ziemlich lange wird es hier auch noch genug Sprit geben.

Falko Hennig

Der Autor lädt ein zum Stadtpaziergang durch die Luisenstadt, täglich 11& 15 Uhr (2h/ €12,-), Anmeldung unter (0176) 20 21 53 39.

Der Vater hat sich in der Aufnahmezeit bewegt und ist so transparent geworden.



Demografie: Weniger Junge – viel mehr Alte

Der Senat prognostiziert bis 2040 insgesamt nur ein leichtes Bevölkerungswachstum für Mitte

Der Berliner Senat hat eine neue Bevölkerungsprognose bis 2040 veröffentlicht. Demnach wird Berlin bis 2040 um etwa 109.000 Einwohner beziehungsweise 3,3 % wachsen und dann eine Bevölkerungszahl von über 4 Millionen erreichen. Dieses Wachstum verteilt sich jedoch ungleichmäßig auf die einzelnen Bezirke. Den höchsten Anstieg verzeichnen dabei Treptow-Köpenick mit rund 9,6 Prozent und Lichtenberg mit 8 Prozent. Demgegenüber weisen Steglitz-Zehlendorf (-2,9 Prozent) sowie Charlottenburg-Wilmersdorf (-2,5 Prozent) die stärksten Bevölkerungsverluste auf.

Die Bevölkerung des Bezirks Mitte wird nach dieser Prognose nur noch geringfügig um knapp 2 % anwachsen: von gegenwärtig 397.000 auf rund 405.000 im Jahr 2040. Dieses Wachstum verteilt sich aber sehr ungleich über die unterschiedlichen Altersgruppen: Die Zahl junger Menschen unter 18 Jahren wird nach dieser Prognose deutlich zurückgehen, nämlich um insgesamt rund 11 %. Im Gegenzug steigt die Zahl der Menschen über 65 sehr stark: um 22 %. Dabei fällt der Rückgang der unter-18-Jährigen je nach Ortsteil sehr unterschiedlich aus: Während man für Moabit nur mit einem Minus von 6,7 % rechnen muss, geht die Prognose im Ortsteil Gesundbrunnen von gut 15 % weniger jungen Menschen als jetzt im Jahr 2040 aus. Das hat Konsequenzen für die Bezirksplanung.

Die Prognose hat naturgemäß erhebliche Unsicherheiten, die Demoskopen haben deshalb drei Varianten entwickelt. In der oberen wächst Berlin bis 2040 mehr als doppelt so stark um insgesamt 245.000 Einwohner, in der unteren Variante dagegen gar nicht. Für die Planungen maßgeblich ist nach Beschluss des Senates jedoch die mittlere Variante. Für Mitte bedeutet das konkret, dass künftig nicht mehr so viele Schul- und Kitaplätze benötigt werden, dafür aber zusätzliche Einrichtungen für Senioren. Auch über die medizinische Versorgung im Bezirk werden wir wohl wieder diskutieren.

cs

Einsatz von Laubbläsern minimiert

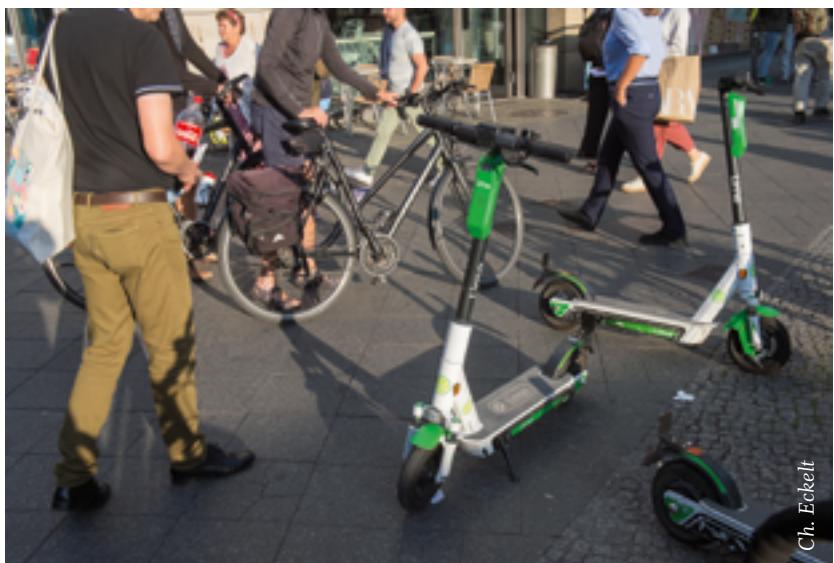
Laub verbleibt möglichst vor Ort – aber nicht auf Wiesen

Nach den elf »Golden Regeln der guten Pflege in Berlin« sind die Straßen- und Grünflächenämter der Stadt gehalten, Laub möglichst vor Ort zu belassen, weil das die biologische Vielfalt fördert. Auf Wiesen kann das Laub jedoch zumeist nicht verbleiben, so teilte der Fachbereich Grünunterhaltung jetzt der BVV mit. Die hatte im Juni das Bezirksamt gebeten, die Laubentfernung im Bezirk umweltfreundlicher zu gestalten.

Das Pflegeziel von Wiesen sei im Regelfall eine »Abmagerung der Fläche«, argumentierte das Fachamt. Wenn organisches Material von Wiesen und Blühwiesen nicht abgetragen werde, fände eine Anreicherung mit Nährstoffen statt, die dafür sorgt, dass sich nährstoffliebende Pflanzen ausbreiten und die vorhandenen verdrängen. Schnittgut verbleibe in der Regel mehrere Tage vor Ort, damit Samen herausfallen und Insekten flüchten können. Erst nachdem alles abgetrocknet sei, nehmen die Grünpfleger das Schnittgut und das Laub auf und kompostieren es.

Im Regelfall belässt das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) das Laub dagegen in Vegetationsflächen wie Büschen und Hecken, weil dort keine künstliche Abmagerung des Bodens erwünscht ist. So werden Lebensräume für Tiere geschaffen und eine Bodenverbesserung ermöglicht. Wenn es verträglich für die Vegetationsfläche ist, wird auch das Laub von umliegenden Wiesen oder Wegen dorthin verbracht.

Der Einsatz von Laubbläsern, den die BVV ebenfalls kritisiert hat, sei bereits auf ein verträgliches Maß reduziert. Auf Rasenflächen nimmt das SGA das Laub im Regelfall nicht mit einem Laubbläser auf, sondern mit den Mähschiffen. Teilweise werde das Laub und Schnittgut aber auch händisch zusammengekehrt und abtransportiert. cs



Insgesamt neunmal führte der Allgemeine Ordnungsdienst des Ordnungsamts in diesem Jahr Aktionswochen mit Schwerpunktcontrollen zu Elektrokleinstfahrzeugen durch, zudem war die Fahrradstaffel des Ordnungsamts an sieben Aktionswochen mit diesem Auftrag unterwegs. Das teilte das Bezirksamt Mitte der BVV mit, die im Februar darum gebeten hatte, »die unehrenhaften Zustände bezüglich der regelwidrig abgestellten E-Scooter auf den Bürgersteigen im Bezirk Mitte zu beheben und den Ordnungswidrigkeiten entsprechend nachzugehen.« »Der Bezirk Mitte von Berlin ahndet somit bereits jetzt schon die ordnungswidrig abgestellten eKF (E-Scooter) umfassend und nimmt hierbei im Land Berlin eine führende Rolle ein«, bilanzierte jetzt der Bezirk. Zwischen September 2022 und Oktober 2024 seien im Bezirk Mitte über 17.000 Ordnungswidrigkeits-Verfahren eingeleitet worden. Flankierend habe der Bezirk Mitte eine 3,5 Quadratkilometer große Parkverbotszone für E-Scooter im historischen Zentrum eingerichtet.

Bezirk kontrolliert E-Scooter

Verbänden gehen die Regeln nicht weit genug – der Bund will sie dennoch lockern

Rücksichtslos auf den Bürgersteigen abgestellte E-Scooter sind für Sehbehinderte und Blinde eine Gefahrenquelle, aber auch für Rollstuhlfahrende, Eltern mit Kinderwagen und ältere Menschen oft ein ärgerliches Hindernis. Deshalb fordert der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV), dass E-Scooter generell nicht an jeder beliebigen Stelle des Gehwegs einfach abgestellt werden können, sondern nur auf entsprechend ausgewiesenen und abgegrenzten Abstellflächen, die kontrastreich markiert und mit einem Blindenstock ertastbar sein sollten.

Berlin ist seit diesem Sommer diesem Ziel einen konkreten Schritt nähergekommen. Denn durch eine Änderung der Polizeibenutzungsgebührenordnung (PolBenGebO) wurde jetzt endlich die Umlegung der Kosten für die Umsetzung von sogenannten Elektrokleinstfahrzeugen geregelt. Die können durch das Ordnungsamt oder die Polizei jetzt auch den Verleihfirmen auferlegt werden, falls deren E-Scooter behindern abgestellt sind. Pro Einsatzfall werden dann 62 bzw. 68 Euro fällig. Sind mehr als fünf E-Scooter gleichzeitig umzuräumen, erhöht sich die Umlage auf 219 bzw. 242 Euro – je nachdem, ob die Polizei oder das Ordnungsamt es anordnet. Die Mobilitätsanbieter wiederum können dann die Gebühren ihren Kunden in Rechnung stellen, die die E-Scooter behindern abgestellt haben. Bisher mussten die Ordnungsbehörden die entsprechenden Kosten allein tragen.

cs

Allerdings erteilt der Senat den Anbietern der Leihscooter außerhalb dieser Zonen regelmäßig eine sogenannte »Free Floater Erlaubnis«, die das Deponieren der Fahrzeuge am Rand der Bürgersteige zulässt. Die entsprechenden Richtlinien verlangen zwar, die Elektrokleinstfahrzeuge so abzustellen, dass andere nicht beeinträchtigt werden. So muss grundsätzlich eine Gehwegbreite von mindestens 2,30 Metern freigehalten werden. Das ist dem Sehbehindertenverband aber zu wenig, weil man sich als Sehbehinderter nach wie vor nicht darauf verlassen kann, dass die Gehwege frei von solchen Fallen sind. Auch von digitalen Lösungen, bei denen eine App auf dem Smartphone in Echtzeit einen Warnton auslöst, sobald ein auf dem Gehweg parkender E-Scooter in der Nähe ist, hält der DBSV wenig. Ein Warnton auf dem Smartphone habe einen zu geringen Informationsgehalt, um das Problem zu lösen. Denn damit lasse sich nur feststellen, dass es einen E-Scooter in der Nähe gibt, jedoch nicht, wo er sich befindet.

Auch dem Fußgängerverband FUSS e.V. reichen die Berliner Regelungen nicht aus. Scharf kritisiert der Verband zudem einen Entwurf des Bundesverkehrsministeriums, nachdem das Abstellen von E-Scootern auf Gehwegen in der Straßenverkehrsordnung sogar explizit erlaubt werden soll und das Abstandsgebot beim Überholen für eKFs ganz aus dem Regelwerk gestrichen wird. Die geplante Novelle der StVO »würde genau das Gegenteil dessen bewirken, was die Bundesregierung gerade erst in der Nationalen Fußverkehrsstrategie verkündete: Es ist eine grobe Attacke auf den Fußverkehr.«

cs

Quartiersmanagement läuft aus

Fünf von sechs QMs im Bezirk Mitte enden 2027

Am Ende des Jahres 2027 werden fünf der sechs Quartiersmanagements (QMs) im Bezirk Mitte auslaufen. Betroffen sind die drei Weddinger QM Gebiete Brunnenstraße, Pankstraße und Soldiner Straße / Wollankstraße sowie die beiden Moabiter QMs Beusselstraße und Moabit Ost. Bereits »verstetigt« sind im Bezirk die ehemaligen QM-Gebiete Sparrplatz und Magdeburger Platz (seit Ende 2016) sowie Ackerstraße (seit Ende 2020). Ab 2028 bleibt im Bezirk lediglich das Quartiersmanagement Badstraße, das erst im Jahr 2016 gegründet wurde.

In ganz Berlin laufen zum Jahresende 2027 insgesamt 19 von derzeit 32 aktiven QM-Gebieten aus. Die Entscheidung wurde nicht vom Bezirk getroffen, sondern von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern aus dem Jahr 2022. Diese beschränkte die Laufzeit der Förderung für einzelne Gebiete grundsätzlich auf 15 Jahre. Das ist auch bei anderen Städtebauförderprogrammen so üblich – allerdings finanzieren diese in der Regel bauliche Maßnahmen, die irgendwann abgeschlossen sein müssen. Aus dem Mitteln des Programms »Sozialer Zusammenhang« werden jedoch in erster Linie soziale Projekte fördert, die den Zusammenhalt in Problemquartieren stärken sollen.

Eine Überprüfung, inwieweit diese Ziele bereits erreicht wurden, findet aber nicht statt. So weisen die QM-Gebiete von Mitte im aktuellen Sozialstrukturatlas des Landes Berlin aus dem Jahr 2022 durchweg problematische Sozialstrukturen auf. Der Bezirk insgesamt rangiert darin nach Neukölln und Spandau zwar nur noch an drittletzter Stelle in Berlin – im Jahr 2013 hatte er noch auf dem letzten Platz gelegen. Die positive Entwicklung vollzog sich aber nicht gleichmäßig. Verbessert haben sich zwar die Indikatoren in gut der Hälfte der bezirklichen Planungsräume, insbesondere in den Gebieten Heine-Viertel Ost, Heidestraße und Charitéviertel. Anderswo hatten sich diese Indikatoren zwischen 2013 und 2022 aber deutlich verschlechtert, etwa im Moabiter Hüttenkiez oder im Gebiet um die Lüneburger Straße. Insgesamt entwickelten sich die meisten Planungsräume mit bestehenden QMs in dieser Zeit aber meist allenfalls neutral.

Problematisch ist jedoch nicht nur der Wegfall der Fördermittel für diese Gebiete. Denn die sind in der Summe oft gar nicht so hoch und werden in der Regel nur meist zeitlich begrenzt eingesetzt, um bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, etwa, um gemeinsam Müll vom öffentlichen Straßenraum zu entfernen oder ähnliche Aktionen.

So will man Anwohner und Gewerbetreibende dazu motivieren, auch selbst ab und an vor ihrer Haustür für Sauberkeit zu sorgen. Manche meinen deshalb auch, man sehe es den Straßen an, ob sie in einem QM-Gebiet liegen oder nicht.

Ohne die Mitarbeitenden des Quartiersmanagements und die ehrenamtlichen Strukturen aus Quartiersräten und Juries z.B. für den lokalen Aktionsfonds lassen sich solche Prozesse aber nur schwer anregen. Vor allem in innerstädtischen Gebieten mit hoher Fluktuation ist zudem eine professionelle Integrationsförderung notwendig, weil hier immer wieder neue Menschen ankommen, die angesprochen werden müssen. Ohne die Impulse aus den QM-Gebieten, die sehr viel flexibler auf aktuelle lokale Entwicklungen reagieren als die große Maschine der öffentlichen Verwaltung, wird diese Arbeit wohl auch nicht gerade leichter.

Das Bezirksamt Mitte verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadtteilkoordination, die inzwischen flächendeckend in jeder der zehn Bezirksregionen von Mitte aufgebaut ist. Auch hier stehen mit der sogenannten »Stadtteilkasse« zwar Mittel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und zur Aktivierung der Bewohnerschaft zur Verfügung. Allerdings sind die Stadtteilkoordinationen schon personell gar nicht in der Lage, die Aktivitäten der Quartiersmanagements auch nur annähernd zu ersetzen. Denn die Gebiete, die sie betreuen, sind im Schnitt mehr als doppelt so einwohnerstark und die Teams bestehen in der Regel lokal nur aus einer einzigen Person, die sich als Einzelkämpferin unmöglich um all die Aspekte kümmern kann, für die bislang die QM-Teams zuständig sind. cs



Ch. Eckelt



»Räumungen von Obdachlosencamps oft unabdingbar«

Leitfaden zur Räumung von Obdachlosenlagern des Ordnungsamtes Mitte vorgelegt

Das Ordnungsamt Mitte lehnt die Aufforderung der BVV Mitte ab, Räumungen von Obdachlosencamps immer dann generell auszusetzen, wenn Obdachlose nicht untergebracht werden können. Dies teilte das Bezirksamt der BVV in einer Bezirksamtsvorlage mit, die am 18. November beschlossen wurde.

So seien allein auf der Onlineplattform des Ordnungsamtes (ordnungsamt.berlin.de) im vergangenen Jahr insgesamt 236 Beschwerden zu Obdachlosigkeit im Bezirk Mitte registriert worden. Im Straßen- und Grünflächenamt (SGA) Mitte gingen gleichzeitig 341 Beschwerden im Zusammenhang mit obdachlosen Personen und Obdachlosencamps ein. Das betraf vor allem Lärm, Müll sowie Gerüche und Belästigungen.

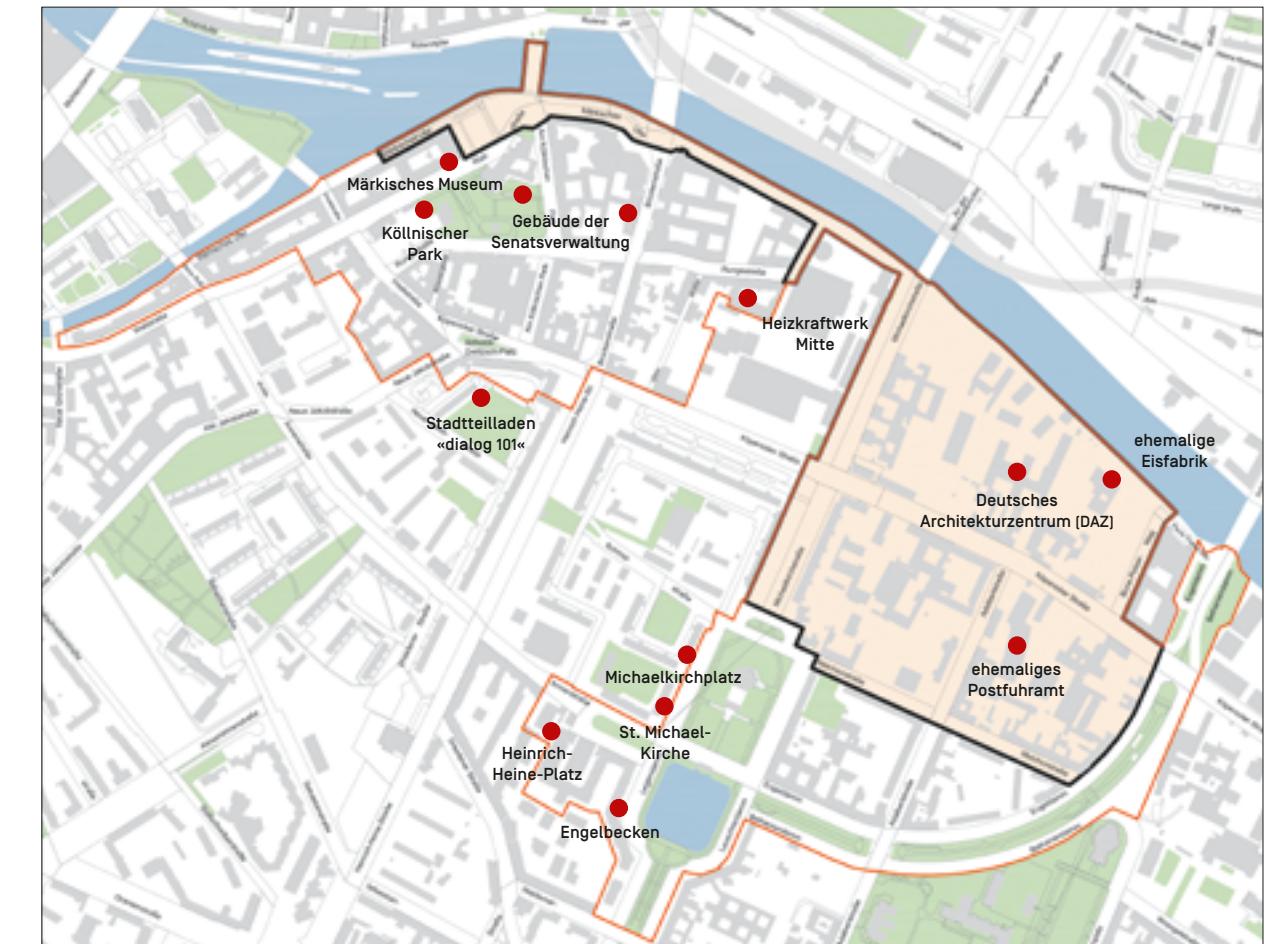
Grundsätzlich ist das »Campieren« im öffentlichen Raum in Berlin nicht gestattet. Es stellt nach der Ansicht der bezirklichen Ordnungsbehörde teilweise eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit dar. Der Allgemeine Ordnungsdienst führt deshalb regelmäßig Kontrollen durch, die freilich nicht zwangsläufig zu Räumungen führen. Die Dienstkräfte würden dabei, so teilt das Bezirksamt mit, grundsätzlich auf ein freundliches und angemessenes Verhalten achten – auch im Umgang mit obdachlosen Personen, bei denen oftmals vielschichtige Problemlagen wie z.B. Suchterkrankungen und damit einhergehendes Konsumverhalten oder Mittellosigkeit vorliegen.

»Es liegt jedoch in der Natur der Sache, dass ein ordnungsamtliches Einschreiten oftmals konfliktbehaftet ist und die Hinzuziehung der Berliner Polizei erforderlich macht.« Räumungen von Obdachlosen-Camps im öffentlichen Raum werden in Mitte in der Regel erst nach einer vorherigen Betreuung durch die bezirkliche Sozialarbeit (Mobile Sozialarbeit – MSA) durchgeführt. Gegebenenfalls werden auch das bezirkliche SGA und die BSR informiert. Eine Räumung erfolgt ca. vier bis sechs Wochen nach der erstmaligen Feststellung bzw. Ansprache. Sofern an einem Standort allerdings Gefahr in Verzug erkannt wird, erfolgt die Räumung auch zeitnah und unabhängig von einer vorherigen Betreuung durch die Mobile Sozialarbeit. Insbesondere in der Nähe kritischer Infrastruktur wie z.B. von Brücken oder Bahntrassen gehe von Obdachlosen-Camps eine nicht unerhebliche Gefährdung aus. Es kam dabei schon mehrfach zu Bränden mit erheblichen Folgeschäden, ein großer Risikofaktor besteht insbesondere in der Lagerung leicht entflammbarer Stoffe.

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Verfahrensweise wurde im Ordnungsamt Mitte ein Leitfaden zur Räumung von Obdachlosenlagern entwickelt, der verbindlich zur Anwendung kommt. Hierbei wird zwischen bereits seit längerer Zeit bestehenden Lagern (zumeist von mehreren Personen in Zelten oder ähnlichem bewohnt) und spontanen Lagern unterschieden. Bei letzteren lagern zumeist Einzelpersonen mit Decken oder Schlafsäcken an exponierten Stellen, wie z.B. auf Parkbänken oder Spielplätzen. Auch da werden Hilfsangebote unterbreitet und mehrsprachige Informations-Flyer ausgegeben. Durch das Ordnungsamt erfolgt jedoch eine sofortige Auflösung und gegebenenfalls ein Platzverweis. Bei allen Räumungen werden in der Regel keine weiteren ordnungsmäßigen Anzeigen ausgefertigt, weil das die knappen Personalressourcen des Ordnungsamtes zu sehr in Anspruch nehmen würde.

Die BVV Mitte hatte im November 2024 den Bezirk er sucht, Räumungen von Obdachlosenlagern im öffentlichen Raum so lange auszusetzen, bis den Betroffenen eine Unterbringung in einer geeigneten Unterkunft mit entsprechender Betreuung (z.B. für psychisch- und suchtkranke Menschen) oder in geeigneten Wohnungen angeboten werden kann. Dem widersprach jetzt das Ordnungsamt. Im BA-Beschluss heißt es: »Dem Ordnungsamt ist bewusst, dass die betroffenen Personen teilweise gesundheitliche Einschränkungen und schwere Schicksale hinter sich haben, diese Tatsache ist jedoch kein ausreichender Grund für eine Duldung illegaler Camps zu Lasten der allgemeinen Sicherheit und Ordnung. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind auch die Räumungen von illegalen Obdachlosencamps unabdingbar.«

cs



■ Sanierungsgebiet
 Nördliche Luisenstadt
 — Erhaltungsgebiete

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
Tel 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Tel 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Roland Bleckmann
roland.bleckmann@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsgebieten
Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadtteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 499 08 44 16
www.mieterberatungpb.de



ECKENSTEHER

Die Verwaltung der Kunst

Es ist noch gar nicht so lange her, da gab es im neuen Bezirk Mitte (zu dem die drei Altbezirke Mitte, Tiergarten und Wedding im Jahr 2001 fusioniert waren) mehrere kommunale Kultureinrichtungen, die geprägt waren durch ihren Ort und umgekehrt: sie strahlten in diese Orte zurück. Im Altbezirk Mitte gab es beispielsweise die Galerie Weißer Elefant (übrigens mit einer hochspannenden Vorwendsgeschichte), die Galerie Am Scheunenviertel oder auch die »Klosterruine«, in der seit 1982 Ostberliner Bildhauer/innen eigenmächtig Skulpturenausstellungen organisierten, die ab 1992 durch den von ihnen gegründeten Förderverein Klosterruine e.V. fortgeführt wurden. Zudem gab es eine überaus vitale Kulturszene, über deren unterstützende Projektförderung ein bald nach der Wende gegründeter, unabhängiger »Beirat für dezentrale Kulturarbeit« entschied. Historisch bedingt war die kommunale Kulturlandschaft im Westteil des neuen Bezirks dagegen weniger ausgeprägt, aber es gab sie.

All diese Einrichtungen waren völlig unterschiedlich, hatten aber eines gemeinsam: In ihnen waren Menschen zugange, die für die Vielfalt der Kunst brannten und die ihren Orten verbunden waren; die natürlich ihre Ecken und Kanten hatten, aber mit ihren Persönlichkeiten in einen Austausch mit ihrer Umgebung traten und dieser Umgebung wiederum Räume eröffneten.

Die Veränderung kam schleichend, aber sie kam, unter dem Deckmantel zunehmender Kürzungen in den Bezirkshaushalten. Schaut man sich heute in der kommunalen Kunstrandschaft des Bezirks

Mitte um, erlebt man eine merkwürdige – nun ja: Uniformierung. Übriggeblieben sind ganze fünf Einrichtungen: der »Kunst.Raum. Mitte«, außerdem eine »Galerie Wedding«, der (neu hinzugekommene) Kunstort »Bärenzwyer«, die »Klosterruine« und die per Ausschreibung neu vergebenen Räume der ehemaligen Galerie Nord, die bislang vom engagierten Kunstverein Tiergarten betrieben wurde. Offenbar hat die Kunst- und Kulturverwaltung des Bezirksamts Mitte eigene unausgelebte Kunst- und Kuratorenphantasien, denn in all diesen Einrichtungen regiert inzwischen immer mehr der »FB Kunst, Kultur und Geschichte«, mit anderen Worten: die Kulturverwaltung des Bezirksamts Mitte, und zwar von vorn bis hinten. (Die Galerie Nord wurde nun zwar per Verwaltungsakt erstmal dem Verein »parallelgesellschaft e.V.« anvertraut, aber wer weiß, wann auch dort endgültig die Verwaltung die Kunst übernimmt.)

Wie solche Verwaltungskultur dann aussieht, kann man auch beobachten: Profile werden ersetzt durch Beschreibungsgirlanden, in denen befissene Vokabeln wie postkolonialistisch/postmigrantisch/queer/feministisch/immersiv/diskursiv/performativ/interdisziplinär/transformatorisch/sozialräumlich/intersektional/urbanistisch/stadtsoziologisch/stadträumlich/ambivalent/verorten/positionieren/kuratieren zu einem banal-glitschigem Matsch verschwimmen. Diese Verschlammung und Verschlagwortung macht krank. Und sie wird weder der vielgesichtigen Gesellschaft noch ebensolcher Kunst und schon gar nicht der Spezifik der Orte gerecht. Folgerichtig verirren sich in solche hochakademisch-theoretisch geprägten, vom Verwaltungsgeist durchwehten Wunschkunstorte eher selten echte Menschen. Wozu auch, belehrende Verwaltung hat man eh schon genug.

Noch kräcker macht allerdings die Vorstellung, wie viele einzigartige Menschen, die für ihre Orte und Kunst brannten, von der Verwaltung einfach weggebissen wurden. Verwaltung, wenn sie wirklich gut ist, ist schon Kultur und Kunst an sich. Ansonsten sollten Verwaltungen von Kunst doch bitteschön die Finger lassen.

us